

Ralf Krämer, 28.12.2023

Kritische Anmerkungen zu den Thesen von Ocaik, Recht, Sander, Werner zum Treffen der SL NRW am 06.01.2024

Faktisch bemühen sich diese Thesen darum, eine Neubestimmung der Rolle der Sozialistischen Linken vor dem Hintergrund der aktuellen Krise und Spaltung der Partei DIE LINKE vorzunehmen. Die Prämisse ist dabei, dass die SL sich wie zuvor ausschließlich als Strömung in dieser Partei darstellen soll. Diese Herangehensweise hat zunächst mal die Satzung und Grundlagenerklärung der SL auf ihrer Seite. Allerdings sind diese unter anderen politischen Bedingungen entstanden und beschlossen worden. Daran heute unverändert festzuhalten bedeutet gleichzeitig, die Veränderung dieser Bedingungen auszublenden und die parteipolitische Fixierung über wesentliche politische Positionsbestimmungen zu stellen. Dem entsprechen die Schwächen und Einseitigkeiten der zugrunde liegenden Lagebeschreibung.

Die politische Positionsbestimmung wird in den Thesen entscheidend verengt. Als Angelpunkt wird einzig die „Große Transformation“ einer ökonomisch verkürzt betrachteten Digitalisierung und des Übergangs zu einer dekarbonisierten Betriebsweise des Kapitalismus betrachtet. Dabei wird von einer marxistischen Analyse der Entwicklung des Kapitalismus und der sich in Verbindung damit entwickelnden Widersprüche abgesehen. Zunehmender Staatsinterventionismus bedeutet noch kein Ende der neoliberalen Dominanz, die weiterhin in EU-Regeln und nationalem Recht verankert ist, und schon gar nicht das Ende einer Politik, die zuallererst auf die Förderung von Interessen des großen und international operierenden Kapital gerichtet ist. Am deutlichsten wird das in der internationalen Politik.

Der Anspruch der Überschrift „Thesen zur gegenwärtigen Gesellschaftsformation“ wird nicht annähernd eingelöst. Digitalisierung bedeutet nicht zuletzt zunehmende Dominanz global agierender ganz überwiegend US-basierter monopolistischer Digitalkonzerne, die sich nicht nur immer größere Monopolrenten zu Lasten der anderen Wirtschaftsbereiche weltweit aneignen, sondern die auch zunehmende Kontrolle und Manipulation der Individuen und Organisationen ermöglichen. Zugleich schreitet die ebenfalls überwiegend US-basierte finanzkapitalistische Durchdringung und Kontrolle großer Unternehmen in den westlich-kapitalistischen Ländern voran.

Staaten, die sich dem globalen Dominanzanspruch der USA widersetzen, werden von diesen als Störenfriede oder Gegner markiert und sollen in ihrer Entwicklung eingedämmt, behindert und geschwächt werden. Insbesondere betrifft das China, das sich zu einer Wirtschaftsmacht auf Augenhöhe mit den USA entwickelt, und Russland mit seiner Militärmacht und seinem Rohstoffreichtum. Das Problem sind nicht Theorien aus dem 20. Jahrhundert, die selbstverständlich zur Analyse der heutigen Entwicklungen weiterentwickelt werden müssen, sondern dass DIE LINKE und die Autoren der Thesen sich für diese entscheidenden Entwicklungen des 21. Jahrhunderts und ihre Bedeutung anscheinend überhaupt nicht interessieren.

Ohne diese zu betrachten lassen sich auch die immer bedrohlicheren internationalen Verhältnisse und Konflikte nicht begreifen. In den Thesen wird nicht der mindeste Versuch dazu gemacht, sie werden völlig ausgeblendet. Dabei ist die Gefahr, dass die Menschheit sich durch einen globalen Atomkrieg selbst ausrottet, eher realistisch, als dass sie das durch den Klimawandel schaffen könnte. In den Thesen werden stattdessen linke außenpolitische Leitlinien und Positionen, die sich noch im Programm der LINKEN niedergeschlagen haben, raunend in Frage gestellt.

Hier soll anscheinend die fortschreitende Akzeptanz bzw. Ein- und Unterordnung der Partei DIE LINKE in die westliche, US-geführte Geopolitik (und Aufrüstung) mitvollzogen werden, die zunehmend die Politik der EU und der BRD prägt. Die Sozialistische Linke hatte dagegen in ihrer Grundlagenerklärung

noch ausdrücklich festgestellt: „Die LINKE kämpft gegen imperialistische Kriege und Dominanz. Insbesondere lehnen wir die Militarisierung der deutschen Außenpolitik durch weltweite Militäreinsätze der Bundeswehr ab, ebenso wie den Aufbau einer weltweit operierenden europäischen Streitmacht. Wir engagieren uns im Rahmen der Friedensbewegung, die sich Abrüstung und Völkerverständigung zum Ziel setzt.“

Die gravierenden politischen Verschiebungen, der Verlust der Massenverankerung linker Kräfte in der Arbeiterklasse und der spiegelbildliche Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien spielen in den Thesen ebenfalls keine Rolle. Das Gleiche gilt für die zunehmend autoritären Tendenzen, die vom vermeintlich liberalen Mainstream der Politik, der Massenmedien und des Kulturbetriebs ausgehen, und die fehlende oder falsche Umgehensweise der Linkspartei mit diesen Entwicklungen. Damit werden insgesamt entscheidende Fragen, auf die eine sozialistische Positionierung sich beziehen muss, ignoriert.

Die kritische Darstellung der Widersprüche zwischen ökologischen und sozial-ökonomischen Zielen und Kräften sowie die Kritik der verengten Bewegungsfixierung ist zutreffend, reicht aber nicht aus. Der Blick auf die Partei DIE LINKE und die mögliche Rolle der SL darin ist insgesamt verzerrt bzw. geschönt. Diese soll sich als „Strömung im Zentrum der LINKEN“ darstellen. Dies ist aber aufgrund der Veränderung dieser Partei, die nicht grundlegend analysiert wird, nicht mehr möglich, wenn die SL gleichzeitig an ihren in der Grundlagenerklärung formulierten Zielsetzungen festhält: „Wir halten die Bildung einer sozialistischen linken Strömung für notwendig, die realistisch, kritisch, radikal und klassenorientiert zugleich ist, also von den Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung ausgeht.“ Denn all diese Bestimmungen treffen für die Partei DIE LINKE leider nicht zu, weder in der Realität ihres politischen Profils, wie es bei den Menschen ankommt, noch bezüglich ihrer sozialen und Wählerbasis.

Die Darstellung der Lage muss schonungslos realistisch sein: Das Projekt einer sozialistischen Linkspartei, die in der arbeitenden Klasse breit verankert ist und ihre Interessen in den Mittelpunkt stellt, die die marxistisch-sozialistische Tradition der Arbeiterbewegung aufnimmt und „den Kapitalismus, die Dominanz kapitalistischer Produktion und Interessen für die gesellschaftliche Entwicklung überwinden“ will, wie es die Grundlagenerklärung der SL formuliert, ist vorerst gescheitert. Insoweit ist auch die SL gescheitert, die DIE LINKE zu einer solchen Partei entwickeln wollte. Stattdessen hat diese sich im letzten Jahrzehnt zunehmend davon entfernt.

Dies reflektierte hauptsächlich Entwicklungen und Widersprüche in der politischen Landschaft und der gesellschaftlichen Linken insgesamt, von denen sich die Partei hat treiben lassen statt klassenpolitisch sozialistisch orientierend zu wirken. Es gibt keine relevante Partei und wird sie vorerst nicht geben, in der eine ernsthafte sozialistische Linke „im Zentrum“ stehen würde oder könnte. Das ist eine Tragödie, aber leider die Realität, von der wir ausgehen müssen.

Das betrifft auch das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW). Dies wird keine sozialistische Partei sein und beansprucht dies auch nicht, dementsprechend wird eine politische Tendenz, wie die SL sie repräsentiert, auch dort nicht im Zentrum stehen oder dies beanspruchen können. Daher kann das auch nicht der Maßstab sein. Die in den Thesen geäußerten Kritikpunkte am BSW oder eigentlich an Äußerungen von Sahra Wagenknecht, was trotz deren zentraler Rolle im BSW nicht identisch ist, sind nur teilweise berechtigt. Zudem ist es unzutreffend, den sich auf das BSW oder zwischen Linkspartei und BSW orientierenden Mitgliedern der SL vorzuwerfen, sie wären unkritische Gefolgsleute.

Eine angemessene Beurteilung der Lage und der politischen Optionen muss zur Kenntnis nehmen, dass DIE LINKE nicht in der Lage ist und sein wird und teils nicht mal versucht, den dargestellten gefährlichen Entwicklungen entgegenzuwirken. Das BSW bietet dazu eine Chance und ist notwendig, die von den anderen Parteien gelassene politische Lücke zu schließen und den Rechtspopulisten und

Faschisten eine soziale und friedenspolitische Alternative entgegenzusetzen. Eine solche Alternative muss populär und ein Stück weit populistisch auftreten und die Prominenz von Sahra Wagenknecht ist dabei eine unverzichtbare Grundlage, wie auch immer man das bewerten mag.

Populistisch ist übrigens DIE LINKE auch, nur für andere. Während Sahra Wagenknecht da v.a. den „normalen Menschenverstand“ der arbeitenden Bevölkerung bedient, betreibt die Linkspartei Populismus für die linksliberale und linksradikale, antira- und genderpolitische und radikalökologische Blase, wo jede noch so irrealen Forderung aufgenommen und als angeblich "links" verkauft wird. Gleichzeitig wird im Zweifel realpolitisch alles mitgemacht, was zum Mitregieren nötig ist.

Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich, wenn die Sozialistische Linke ihre ursprünglichen Zielsetzungen weiterverfolgen will, dass sie sich eigenständig versteht und nicht als bloß abhängige Unterabteilung der Linkspartei aufstellt. Sie sollte daher für Mitglieder in beiden Parteien offen stehen und einen Rahmen für die Diskussion und Bildungsarbeit der sozialistischen Kräfte darin bilden. Die praktische und satzungsmäßige Frage und Herausforderung besteht darin, ob und ggf. wie die verschiedenen parteipolitischen Optionen in einer gemeinsamen Organisation zusammengehalten werden können. Die vorhandene gemeinsamen Positionen, Tradition und Diskussionskultur sprechen dafür.